

GmB/036/0245/1

Translation

"Frankfurter Rundschau", FRG  
27th November 1986

PLANS FOR SUBMARINES SOLD?

Kiel claims to know nothing about deal of HDW with Pretoria  
by our correspondent Karsten Plog

Hamburg, 26th November. - The Supreme Directorate of Finance in Kiel (capital of the federal state of Schleswig-Holstein. Transl.) is investigating against the management of the state-owned shipyard "Howaldtswerke / Deutsche Werft (HDW)" in Kiel in a case of an impending fine. This was confirmed by the authority on Wednesday. According to the statement of the spokeswoman there exists the suspicion that the shipyard - owned at 75 % by the "Salzgitter AG", a company in the possession of the Federal Republic, and at 25 % by the federal state Schleswig-Holstein - violated the regulations of the External Trade Act. The fine involved may amount up to DM 500,000.00.

The newspaper "Kieler Nachrichten" reported on Wednesday that the shipyard sold construction plans for the construction of submarines to South Africa without obtaining the necessary special permission from Bonn and thus violated the External Trade Act. The HDW shipyard, whose submarines are internationally renowned for the qualification to be particularly difficult to locate, had cashed in DM 46 million for the sale. The news has created considerable political turmoil in Kiel. Already on Tuesday the head of the SPD faction in the regional parliament, Björn Engholm, had pointed out possible irregularities at HDW to Prime Minister Uwe Barschel (CDU) when the expected replacement of the present HDW chairman Klaus Ahlers came up for discussion in the parliament of Schleswig-Holstein. On Wednesday morning the SPD requested Barschel to investigate the accusations.

The spokesman of the regional government in Kiel, Gerd Behnke, stated firmly as late as Wednesday morning that the Prime Minister had no knowledge of any possible illegal business deals of the shipyard, whose Governing Board, after all, include the Minister for Economic Affairs, Manfred Biermann, and the Secretary of State of the Ministry of Finance, Carl-Hermann Schleifer, of the government of Schleswig-Holstein.

+

Bonn (dpa). The Federal Minister for Foreign Affairs, Hans-Dietrich Genscher, announced on Wednesday that a criminal investigation of the sale of the construction plans for the submarines would be undertaken.

- - - - -



"Frankfurter Rundschau", 27. November 1986

## U-Boot-Pläne verkauft?

Kiel will nichts von Geschäften der HDW mit Pretoria wissen

Von unserem Korrespondenten Karsten Plog

HAMBURG, 26. November. Die Oberfinanzdirektion in Kiel ermittelt gegen die Geschäftsführung der staatlichen Howaldtswerke/Deutsche Werft (HDW) in Kiel in einem Bußgeldverfahren. Das wurde am Mittwoch von der Behörde bestätigt. Nach den Worten einer Sprecherin besteht der Verdacht, daß die Werft, die sich zu 75 Prozent im Besitz der Salzgitter AG des Bundes und zu rund 25 Prozent im Besitz des Landes Schleswig-Holstein befindet, gegen Bestimmungen des Außenwirtschaftsgesetzes verstoßen hat. Die Höhe des Bußgeldes kann bis zu 500 000 Mark betragen.

Die „Kieler Nachrichten“ berichteten am Mittwoch die Werft habe Konstruktionspläne für den Bau von U-Booten ohne die dafür notwendigen Bonner Sondergenehmigungen nach Südafrika verkauft und somit gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen. Das Unternehmen, dessen U-Boote weltweit in dem Ruf stehen, besonders schwer zu orten zu sein, habe etwa 46 Millionen Mark kassiert. Die Nachricht löste in Kiel erheblichen politischen Wirbel aus. Der SPD-Fraktionschef Björn Engholm hatte Ministerpräsident Uwe Barschel bereits am Dienstag auf mögliche Verstöße bei HDW hingewiesen, als im Landtag die als wahrscheinlich geltende Ablösung des jetzigen HDW-Vorsitzenden Klaus Ahlers zur Sprache kam. Am Mittwochmorgen forderte die SPD Barschel auf, die erhobenen Vorwürfe zu klären.

Der Kieler Regierungssprecher Gerd Behnke versicherte noch am Mittwochmorgen, der Ministerpräsident wisse nichts über mögliche illegale Geschäfte

der Werft, in deren Aufsichtsrat immerhin der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Manfred Biermann und der Staatssekretär im Finanzministerium, Carl-Hermann Schleifer, sitzen.

★

BONN (dpa). Außenminister Hans-Dietrich Genscher kündigte am Mittwoch eine strafrechtliche Untersuchung des Verkaufs der U-Boot-Baupläne an.



# STUTTGARTER ZEITUNG

STUTTGARTER ZEITUNG

Donnerstag, 27. November 1986

E 4029 A

Einzelpreis 1,10 DM

65  
stf

## fall am Rhein ere Überwachung

werke Krümmel und Brunsbüttel bleiben am Netz

entlich länger dauern, bis sich das durch die jüngsten Chemieunfälle geschädigte Ökosystem wieder erholt habe, meinte er. Minister bezeichnete es als einen „ganz wichtigen Punkt“, Betriebe der Chemie-Industrie künftig behördlich zu überwachen. Es müsse jetzt auch geprüft werden, ob der Industrie nicht höhere Standards wie geschlossene Kühlkreisläufe vorgegeben werden müssten, sagte der Bundesumweltminister. Bei der in Leverkusen hat sich gestern ein weiterer Chemieunfall ereignet: 800 Liter Methanol flossen in den Rhein.

alte...ivlos be-  
ei.  
fall meldete am  
zern Bayer aus  
k. Dort seien am  
Methanol mit  
en Rhein geflos-  
Konzentration  
ie Trinkwasser-  
der Mitteilung.  
Staatsanwalt  
n einer Kläran-  
Krefeld-Uerdin-  
kanntgeworden,  
tektionsmittel in

niegroßbrandes  
ist auch Dioxin  
von Rußproben  
te sich aus ei-  
mittel durch die  
em bei der Gift-  
n Seveso entwi-

chenen Dioxin sehr verwandt ist. Der Baseler Kantonschemiker Strauss und der Regierungschef von Basel-Land, Spitteler, erklärten sich darüber „erstaunt und verärgert“, daß der Konzern die Behörden erst 17 Tage nach dem Unglück, das zu der Verseuchung des Rheins führte, über die Lagerung des Insektizids unterrichtet hätten.

Wie Bundesumweltminister Wallmann gestern vor der Presse ebenfalls erklärte, bleiben die umstrittenen Siedewasserreaktoren Krümmel und Brunsbüttel in Schleswig-Holstein weiterhin in Betrieb (siehe dazu auch Seite 2). Wallmann sagte, es sei „in der Sache nicht geboten“, diese Atomkraftwerke aufgrund eines Teilergebnisses eines noch nicht abgeschlossenen Gutachtens abzuschalten. Der Minister bezog sich damit auf ein bisher geheimgehaltenes TÜV-Gutachten, nach dem Krümmel und Brunsbüttel ein ungewöhnlich großes Sicherheitsrisiko darstellen sollen. (Zur Chemie-Industrie siehe auch Seite 8)

## U-Boot-Baupläne an Südafrika verkauft?

KIEL/BONN (kp/dpa). Gegen die Verantwortlichen der Kieler Großwerft Howaldtswerke/Deutsche Werft AG (HDW) wird wegen des Verdachts ermittelt, illegal Konstruktionspläne zum Bau von U-Booten an Südafrika verkauft zu haben. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) teilte am Mittwoch am Rande der Etatdebatte des Bundestags mit, daß der Fall bereits strafrechtlich untersucht werde. Die Oberfinanzdirektion in Kiel ermittelt deshalb gegen die Geschäftsführung der staatlichen Howaldtswerke/Deutsche Werft (HDW) in einem Bußgeldverfahren. Das wurde am Mittwoch von der Behörde bestätigt. Nach den Worten einer Sprecherin besteht der Verdacht, daß die Werft, die sich zu 75 Prozent im Besitz der Saizgitter AG des Bundes und zu 25 Prozent im Besitz des Landes Schleswig-Holstein befindet, gegen Bestimmungen des Außenwirtschaftsgesetzes verstoßen hat. Der sozialdemokratische Fraktionschef im Kieler Landtag, Björn Engholm, hatte Ministerpräsident Uwe Barschel bereits am Dienstag auf mögliche Verstöße bei HDW hingewiesen. Sollte sich die Darstellung des Gesetzesverstosses bestätigen, wäre die Sache „sehr ernst“, sagte Barschel. Er werde eine Bewertung des „möglicherweise schwerwiegenden Vorgangs“ vornehmen, „wenn die Fakten auf dem Tisch liegen“. Barschel teilte weiter mit, daß der HDW-Vorsitzende Ahlers den Vorstandsvorsitz nunmehr von sich aus niederlegen wolle, weil nach den jüngsten Personaldiskussionen ein gedeihliches Vertrauensverhältnis nicht mehr möglich sei.

## Reagans Kr

Von Winfried Münst

Präsident Reagans Iran-Krise ist Variante bereichert worden. Die neue Richtung hat die Debatte genommen. Erlöse aus den ohnehin vollen Waffenverkäufen an Iran und Rebellen in Nicaragua verschoben. Diese Entdeckung erhärtet, daß die amerikanische Regierungsstellen gesetzwidrige Geheimoperationen unternommen. Aber das ändert nichts daran, daß der Mittelpunkt des Skandals im Weißen Haus ist. Der Präsident hat seine Verantwortung nicht im Griff. Seine Außenpolitik wie es in stets höflichen Worten der demokratische Senator Sam Nunn als „dezentralisiert“. Nach den Ereignissen der letzten Wochen, in denen in der amerikanischen Hauptstadt endlos diskutiert worden ist, was der Gipfel von Chaos gebracht hat, und in denen der Präsident immer wieder neu überrascht wurde, wäre der Begriff chaotisch wohl eine zutreffendere Beschreibung. Der geradezu anmutende Alleingang des Chefs der Navy, Admiral Oliver North, der die selbsterhaltende Hilfe für die Contras in Nicaragua mindestens überwacht haben soll, ist in näherer Betrachtung nicht schmeichelhaft. Ventil für den aufgeregten Druck auf Reagan lastet. Das bot ihm die Möglichkeit, im Nationalen Sicherheitsrat Köpfe zu lassen, nachdem die besten Geheimdienste dazu verpaßt worden waren.

Mit seinem Beharren darauf, keine Fehler gemacht zu haben, hatte der Präsident in eine Sackgasse marschiert. Das Amt des amerikanischen Staatspräsidenten berühren die seltsamen Geldgeschäfte nicht, jedenfalls noch nicht. In Washington mag niemand, auch nur zu vermuten, daß die Regierung jemand irgendwo gegen die gesetzliche Haushaltsvorschrift verstieß, derzufolge die Administration den nicaraguanischen Aufstand im vergangenen Fiskaljahr keine Unterstützung leisten durfte. Der Präsident

## Haftstrafen im Hasi-Prozeß verhängt

Angehörige der syrischen Botschaft aus – „Bombenanschlag war scheußliche Tat“

Von unserem Korrespondenten

entsetzung für  
Hamed Hasi und  
Jahre älteren

mer ausschließlich deswegen absehen können, weil die beiden Angeklagten geständig gewesen seien. Dies entspreche bei Terror-

Geständnisse anbelangte, hatte die Kammer nach Heines Angaben auch nach der Hauptverhandlung keine Zweifel daran



nach Wackersdorf gehen konnte.

## Howaldtswerke sind sich keiner Schuld bewußt

k.p. HAMBURG. Der Vorstand der Howaldtswerke/Deutsche Werft hat am Donnerstagabend in seiner ersten Stellungnahme zu den Vorwürfen erklärt, in den Veröffentlichungen zu dem Geschäft mit Südafrika sei der Sachverhalt „unvollständig und nicht korrekt wiedergegeben“. Die vor Jahren angeknüpften Geschäftsbeziehungen seien nach Auffassung der Firmenleitung nicht genehmigungspflichtig gewesen und hätten auch keinen U-Boot-Bau möglich gemacht. Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) erklärte einer am Abend von der „Bild-Zeitung“ (Freitagsausgabe) vorab veröffentlichten Meldung zufolge, der südafrikanische Botschafter habe ihn gebeten, die Genehmigung der Anträge zum Verkauf der U-Boot-Baupläne bei Bundeskanzler Kohl zu befürworten. „Von diesem habe ich eine positive Antwort erhalten“, sagte der CSU-Chef. Wie die Sache sich dann weiter entwickelt habe, wisse er nicht. Als den schwersten Rüstungsskandal in der Geschichte der Bundesrepublik hat die SPD am Donnerstag den angeblichen Verkauf von Konstruktionsplänen deutscher Unterseeboote an Südafrika bezeichnet. SPD-Vorstandssprecher Günter Verheugen forderte die Bundesregierung auf, den Fall vollständig aufzuklären.

### Fortsetzung v. S. 1: Späth

## Gespräche mit Herrhausen

Weiter fortgeschritten als bisher angenommen sind dem Vernehmen nach auch die Verhandlungen über die Neuordnung der Eigentümerstruktur bei der BW-Bank. Bisher haben die privaten Miteigentümer dieses Instituts – die Deutsche Bank, die Karlsruher Lebensversicherung und die Bosch-Gruppe – alle Pläne Späths, die Finanzkraft der BW-Bank durch die Aufnahme neuer Gesellschafter zu stärken, verhindert. In als streng vertraulich bezeichneten Gesprächen mit Alfred Herrhausen, dem Vorstandschef der Deutschen Bank, erörtert Späth seit einiger Zeit allerdings die Möglichkeit, die Wüstenrot-Gruppe in den Eigentümerkreis der Bank aufzunehmen. Die Deutsche Bank, die darin offenbar die Stärkung eines Konkurrenzinstituts sieht, könnte als Gegenleistung das gesamte Auslandsgeschäft der BW-Bank übernehmen. Hinweise auf eine Beteiligung der Wüstenrot-Gruppe hatte es, wie berichtet, bereits vor einigen Wochen gegeben.

## SOZIALMIETER

### Schneider wünscht A

BONN (dpa). Die Sozialmieter in den der gemeinnützigen Untermietern müssen in der nächsten Wahlperiode Änderungen bei der Festlegung der Mieten rechnen. Bundesbauminister Schneider (CSU) deutete am Mittwoch dem Neue-Heimat-Ausschuß des Bundestages an, daß die bisherige Orientierung der Mieten an den Kosten im Wohnungsbau eher in Richtung Gleichmiete aufgegeben werden im frei finanzierten Wohnungsbau, wieweit es zu Mietsenkungen oder -erhöhungen je nach Einzellage und der Wohnungen kommen soll, ließ er offen.

Im Rahmen des neuen Gemeinwohngesetzes müsse es auch zu mehr Gestaltungsfreiheit der Mietparteien kommen. Es sei nicht sozial, daß der

## Der Postge

### Proteste gegen Verbe

Die Deutsche Postgewerkschaft gibt an, Sie fühlt sich durch Initiativen der Bundesregierung, aber auch durch Veränderungen im Gewerkschaftslager in die Enge gedrängt. Die Schlagworte fielen am 15. Bundeskongreß der DPG in Nürnberg immer wieder: Privatisierung, Wettbewerbspolitik und Neue Heimat. Ein Postminister Schwarz-Schilling erklärte zum Auftakt des Kongresses zwar ausdrücklich, daß es „keine Privatisierung der Post“ geben werde. Doch die Postleute bleiben mißtrauisch. Die Forderungen des Wirtschaftsflügels der Union, aus dem die Bundesregierung besteht, und der Regierungskommission Fedorowitsch könnten in der Zukunft so stark wiegen, als das Wort des Bundespostministers, befürchten die Gewerkschaften, warnen deshalb vor einer Aufspaltung der Post in lukrative private (Fernverkehr) und defizitäre staatliche (Post und Briefverkehr) Dienstleistungen.

Trotz seiner Stellungnahme gegen die Privatisierung haben die 463 Delegierten in Nürnberg den Postminister nicht insgeheim geschlossen. Eine andere Maßnahme Schwarz-Schillings bedroht sie nämlich sehr konkret. Die Bundesregierung so der Vorwurf der Gewerkschaft, daß sie die Post zum „streikfreien Raum“ zu wandeln, indem sie immer mehr Arbeiter und Angestellte zu Beamten macht. Der Kongreß beauftragte deshalb den Hauptvorstand, „die Verbeamtungspolitik als machtpolitischem Kalkül“ zu bekämpfen.

## „Pelny hat mich eiskalt here

Koalition und Opposition ziehen aus den Erkenntnissen des Tiedt

Über ein Jahr lang hat der zweite Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages

glaubte“. – War schon die Einsetzung